



Geoinformation und Landentwicklung

Erfahrungen aus der Fachaufsicht

Peter Constantin

Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Baden-Württemberg, Referat 44

Regionalbesprechungen LGL/UVB/ÖbVI 2018



Folie 1



Baden-Württemberg

LANDESAMT FÜR GEOINFORMATION UND LANDENTWICKLUNG

Erfahrungen aus der Fachaufsicht

Agenda:

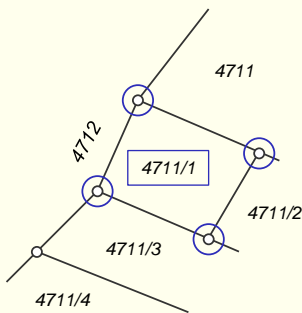
- Zuziehung der Grundstückseigentümer, Bekanntgabe von Verwaltungsakten
- Anschluss an das Lagefestpunktfeld/nachbarschaftstreue Einpassung
- Messungsarten
- Gebäudeaufnahme
- Darstellungen im Fortführungsriß
- Bearbeitung des Katasternachweises
- Nachweis der Aufträge
- Gebäudeeinmessungsregister
- Sonstiges

Folie 2

Zuziehung der Grundstückseigentümer, Bekanntgabe von Verwaltungsakten

- Ankündigung (Soll-Vorschrift) unterbleibt ohne nachvollziehbaren Grund oder ist unvollständig.

➡ **Ankündigung ist die Regel, nachträgliche Benachrichtigung die Ausnahme.**
➡ **„Soll“ bedeutet „muss, wenn man kann“!**



Folie 3

- Grenzfeststellung vom Eigentümer von Flst. **4711/1** beantragt
- ➡ Weiter **absehbar beteiligt** sind die Eigentümer der Flste. **4711, 4712, 4711/2 und 4711/3**
- ➡ Diesen **kann** (➡ **muss**) man die Vermessungsarbeiten vorab ankündigen.

Zuziehung der Grundstückseigentümer, Bekanntgabe von Verwaltungsakten

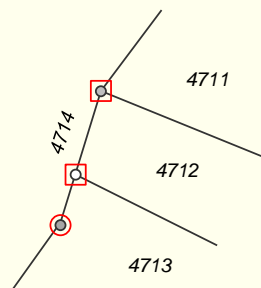
- Anwesenheit/Nichtanwesenheit wird nicht oder unvollständig dokumentiert

➡ **„Anwesend“ ohne nachträgliche Benachrichtigung bedeutet, dass der Berechtigte bei der jeweiligen Amtshandlung anwesend ist bzw. ihm diese vor Ort bekannt gegeben werden konnte.**

Folie 4

Zuziehung der Grundstückseigentümer, Bekanntgabe von Verwaltungsakten

- „Ortstermin“ mit einem Beteiligten nach erfolgter Grenzfeststellung/Abmarkung an einem anderen Tag



Flist. Nr.	Grundstückseigentümer Erbbauberechtigte Antragsteller Sonstige Beteiligte	Ankündigung			Anwesenheit		Nachträgliche Benachrichtigung			Bekanntgabe der Grenzfeststellung		
		mdl./ schr.	am	durch	ja / nein	am	mdl./ schr.	am	durch	mdl./ schr.	am	durch
4711	Huber, Anton	schr.	04.09.18	Maier	ja	21.09.18				mdl.	21.09.18	Schulze
4712	Knaller, Hans	schr.	04.09.18	Maier	nein					schr.	18.09.18	Schulze
4713	Kasper, Helmut	schr.	04.09.18	Maier	ja	17.09.18				mdl.	17.09.18	Schulze
4714	Gemeinde Neudorf, BM Elmer	schr.	04.09.18	Maier	ja	17.09.18				mdl.	17.09.18	S

Grenznachweis
Auszug von 30.08.2018
Für die Richtigkeit: *St. & Grando*
Maßstab 1:500 Leitpunkt 1935

Vermessung durchgeführt
vom 17.9. bis 21.9.18
Für die Richtigkeit: *St. & Grando*
Vermessungsstelle: LRA
Waldstadt

Fortführ
Blatt 1 – Blatt
Gemarkung
Gemarkungsnummer 0390
Flur

Zeitraum der
Vermessung bis
zur letzten
Bekanntgabe vor
Ort „ausweiten“

Folie 5

Zuziehung der Grundstückseigentümer, Bekanntgabe von Verwaltungsakten

- Bekanntgabe der Grenzfeststellung/Abmarkung erfolgt nachträglich mündlich, obwohl für den Betroffenen keine Anwesenheit dokumentiert war.

➔ **Nichtanwesenheit und nachträgliche mündliche Bekanntgabe der Grenzfeststellung/Abmarkung schließen sich aus.**

- Bekanntgabe der Grenzfeststellung/Abmarkung wird Dritten (z.B. Ortsbaumeister) überlassen.

➔ **Zuständig für die Bekanntgabe ist die jeweilige Vermessungsstelle.**

- Bei Sonderungen erfolgen teilweise Ankündigungen und Bekanntgaben durch die Vermessungsstelle, obwohl kein Außendienst stattfindet.

➔ **Bei Sonderungen entfallen Zuziehung und Bekanntgabe (kein Textnachweis).**

Folie 6

Zuziehung der Grundstückseigentümer, Bekanntgabe von Verwaltungsakten

- Öffentliche Ankündigungen sind mangels Rechtsgrundlage (keine analoge Regelung zur öffentlichen Bekanntgabe im VermG) **nicht zulässig**.
- Öffentliche Bekanntgaben entsprechen häufig nach Form und Inhalt nicht den Anforderungen des VermG.

- ➔ **Öffentliche Bekanntgaben müssen denselben Inhalt haben wie individuelle Bekanntgaben, insbesondere müssen die betroffenen Flurstücke benannt werden (§ 16 Abs. 1 u. 3 VermG)**
- ➔ **Auch bei öffentlicher Bekanntgabe ist die Anwesenheit/Nichtanwesenheit zu dokumentieren.**

Zuziehung der Grundstückseigentümer, Bekanntgabe von Verwaltungsakten

- Angabe „**wo abgemarkt wurde**“
 - ➔ zusätzliche Angabe zur Flurstücksnummer, d.h. Angabe der Flurstücksnummer ist nicht ausreichend
 - ➔ Die festgestellten bzw. abgemarkten Grenzpunkte sind in einem Plan darzustellen.
- Lösung für öffentliche Bekanntgabe
 - ➔ Ortsübliche Bekanntgabe einschl. Plan (Gemeindeblatt etc.)
 - ➔ Ortsübliche Bekanntgabe des „Textteils“ (Gemeindeblatt), Einstellung des Plans auf der Internetseite der Vermessungsstelle oder im Einvernehmen mit der UVB auf deren Internetseite (Angabe des Links im „Textteil“)

Anschluss an das Lagefestpunktfeld/ nachbarschaftstreue Einpassung

➤ SAPOS-Verfahren:

Nachbarschaftstreue Einpassung erfolgt(e) in der Regel vorschriftenkonform (auch wegen der flächendeckend vorhandenen Vollzugserklärungen; Thematik seit der Überführung nach ETRS89/UTM entfallen).

➤ Polarverfahren:

Verwendung von 2 Anschlusspunkten, obwohl mit vertretbarem Mehraufwand oder in Kombination mit dem SAPOS-Verfahren eine flächenhafte Einpassung möglich wäre

- ➡ In der Regel sind mind. 3 Anschlusspunkte zu verwenden.
- ➡ Erforderlichenfalls ist entsprechender Mehraufwand zu leisten (z.B. Bestimmung zusätzlicher TA). Dies gilt auch, wenn keine SAPOS-Ausrüstung vorhanden ist.

Folie 9

Anschluss an das Lagefestpunktfeld/ nachbarschaftstreue Einpassung

➤ Nr. 41 Abs. 2 VwVLV

„Der Anschluss an das Geodätische Festpunktfeld erfolgt durch den Anschluss an die vernetzten SAPOS-Stationen oder an das Lagefestpunktfeld des Liegenschaftskatasters.“

➤ Nr. 110 Abs. 2 VwVLV

*„**Neue AP** können festgelegt werden in Gebieten, in denen GNSS-Messungen nicht möglich sind oder wenn sie für nachfolgende Liegenschaftsvermessungen benötigt werden.“*

➤ Nr. 110 Abs. 3 VwVLV

*„Werden AP für nachfolgende Liegenschaftsvermessungen nicht benötigt, können ersatzweise (**Anmerkung: als Ersatz für neue AP**) Temporäre Aufnahmepunkte (TA) bestimmt werden.“*

- ➡ Soweit TP oder AP örtlich vorhanden sind, ist unmittelbar an diese anzuschließen.

Folie 10

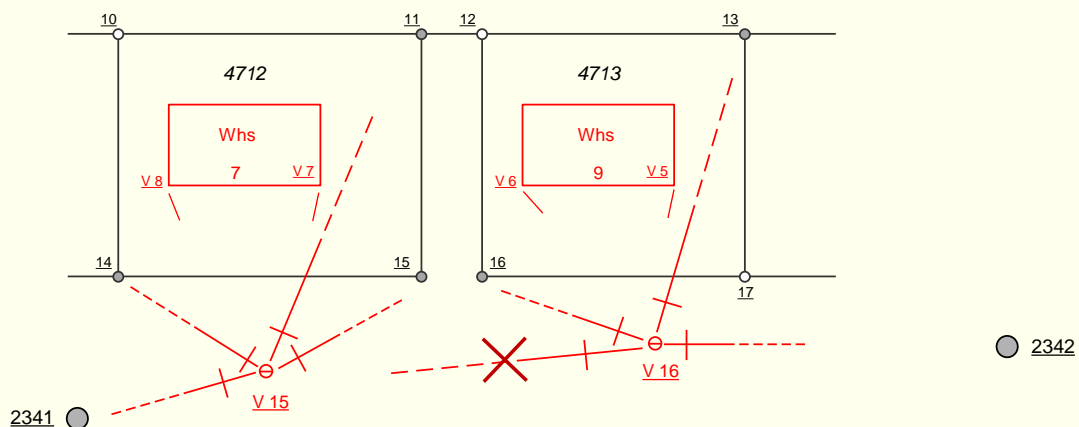
Gebäudeaufnahme – Überprüfung von Gebäudemaßen

- Grundsätzlich durch Vergleich mit den Maßen der ursprünglichen Aufnahme
- Vergleich mit den aus den in ALKIS nachgewiesenen Koordinaten der Gebäudeecken berechneten Maßen, wenn
 - das Gebäude die Qualität „Aus Katastervermessung ermittelt“ hat und
 - die Abweichung zwischen gemessenen und berechneten Maßen 0,10 m nicht überschreitet.
- Bei der Aufnahme von Anbauten sind immer mindestens die Gebäudeseiten zu überprüfen, an die angebaut wurde.



Folie 11

Gebäudeaufnahme – „Gebäudestationierung“



V15 ist kein TA (vgl. Nr. 110 Abs. 3 VwVLV: „TA werden wie AP bestimmt“).
Er darf daher nicht als Anschlusspunkt bei der Stationierung V16 verwendet werden.

Folie 12

Messungsarten

➤ Falsche Anwendung der K-Aufnahme

Anwendung der K-Aufnahme (Verprobung) bei der Aufnahme von Grenzpunkten zur Kontrolle mit anschließender handschriftlicher Änderung der zulässigen Änderung von $ZP=0,03$ auf $ZP=0,08$ m und z.T. Änderung des Begriffs „Verprobung“ in „Kontrolle“.

- ➡ **Die Aufnahme von Grenzpunkten zur Kontrolle erfolgt immer mit der „P-Aufnahme“ (Grenzprüfung) und führt immer zu einer Veränderungsnummer Punkt.**
- ➡ **Die „K-Aufnahme“ (Verprobung) ist der Überprüfung von Lagefestpunkten des Liegenschaftskatasters und deren Wiederherstellung sowie der Überprüfung von Versicherungspunkten vorbehalten.**
- ➡ **Es sind die in Anlage 10 VwVLV vorgeschriebenen Begriffe zu verwenden.**

Darstellungen im Fortführungsriß - Allgemeines

- Bestandteile des FR sind in sich nicht konsistent (z.B. fehlen im Graphiknachweis dargestellte „V-Punkte“ in der Koordinatenliste und umgekehrt).
- Entscheidungen (z.B. Maßberichtigungen, Koordinatenänderungen) werden teilweise nicht oder nicht nachvollziehbar dokumentiert.

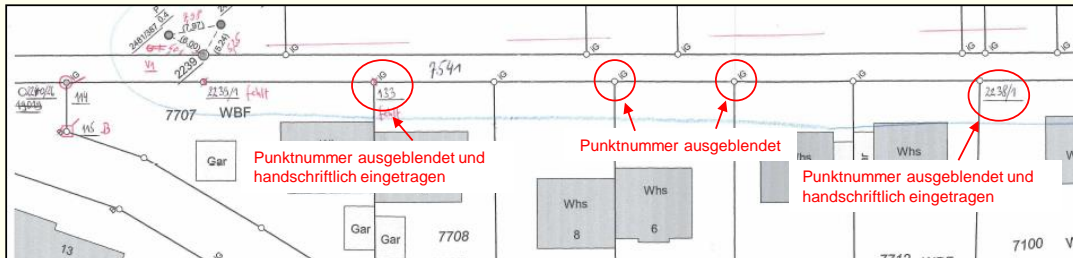
Beispiel: Koordinaten aus Doppelaufnahme werden geändert (z.B. wegen Einrechnung in die Geraden)

- ➡ **Protokoll der Einrechnung in die Geraden ist beim FR abzulegen zum Nachvollzug der Koordinatenentstehung
(Doppelaufnahme $[E,N]_1 \rightarrow$ Einrechnung in Gerade $[E,N]_2 \rightarrow$ Koordinatenliste $[E,N]_2$)**

- ➡ **Getroffene katastertechnische Entscheidungen sind so zu dokumentieren, dass sie auch für Dritte nachvollziehbar sind.**

Darstellungen im Fortführungsriß - Graphiknachweis

- Im Grenznachweis vorgeschriebene Angaben werden ausgeblendet (z.B. Punktnummern)



Der Grenznachweis als Grundlage für den Graphiknachweis ist nach Anlage 16 VwVLK zu erstellen. Das „Ausblenden“ von dort vorgesehenen Darstellungen ist zu unterlassen.

Hinweis:

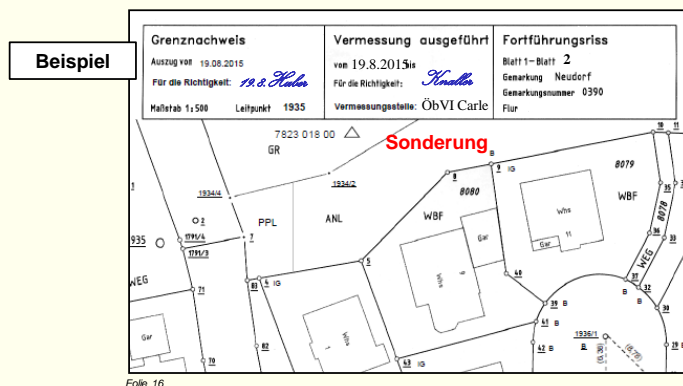
Die Nicht-Darstellung von Punktnummern erweckt den Anschein, dass es sich um digitalisierte Punkte handelt.

Darstellungen im Fortführungsriß - Graphiknachweis

- **Sonderung**

Im Kopf des Graphiknachweises wird häufig das Wort „Vermessung“ rot durchgestrichen und durch das Wort „Sonderung“ ersetzt.

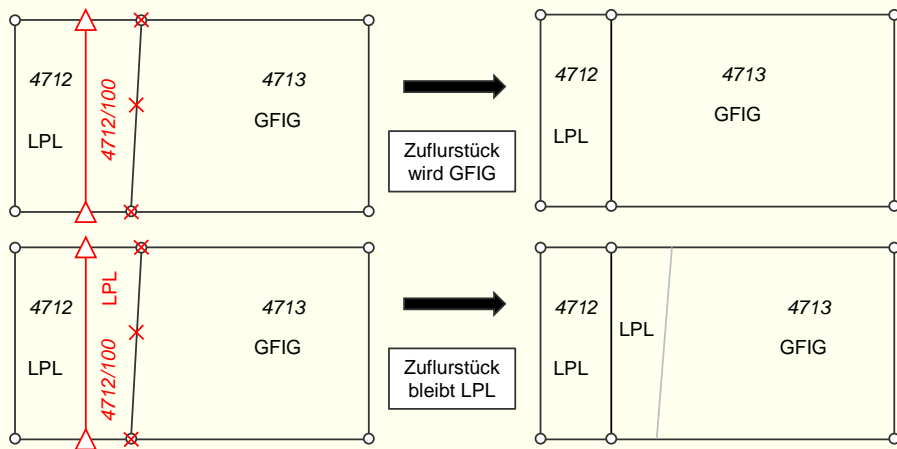
Das Wort „Sonderung“ ist an geeigneter Stelle in roter Farbe darzustellen, der Ausgabekopf bleibt unverändert; letzteres gilt generell.



Darstellungen im Fortführungsriß - Graphiknachweis

➤ Tatsächliche Nutzung bei Zuflurstücken

Die Eintragung der TN kann unterbleiben, wenn sie identisch ist mit derjenigen des durch die (folgende) Verschmelzung entstehenden neuen Flurstücks.



Folie 17

Darstellungen im Fortführungsriß - Graphiknachweis

- Aufnahmeelemente des Katasternachweises werden nicht, unvollständig oder nicht nach Anlage 4 VwVLV im Graphiknachweis dargestellt.

➔ Soweit keine Landeskoordinaten vorliegen, ist die Darstellung der Aufnahmeelemente samt Fundstellen im Graphiknachweis obligatorisch (Nr. 271 Abs. 2 VwVLV).

- Anstelle der Darstellung der Aufnahmeelemente im Graphiknachweis werden Kopien aus den Lika-Akten zum FR genommen.

➔ Kopien aus den Lika-Akten nur zum FR nehmen, wenn darin katastertech-nische Entscheidungen nachgewiesen werden müssen. Ansonsten Abgabe als sonstige Vermessungsschriften an die UVB zur Qualitätssicherung.

Folie 18

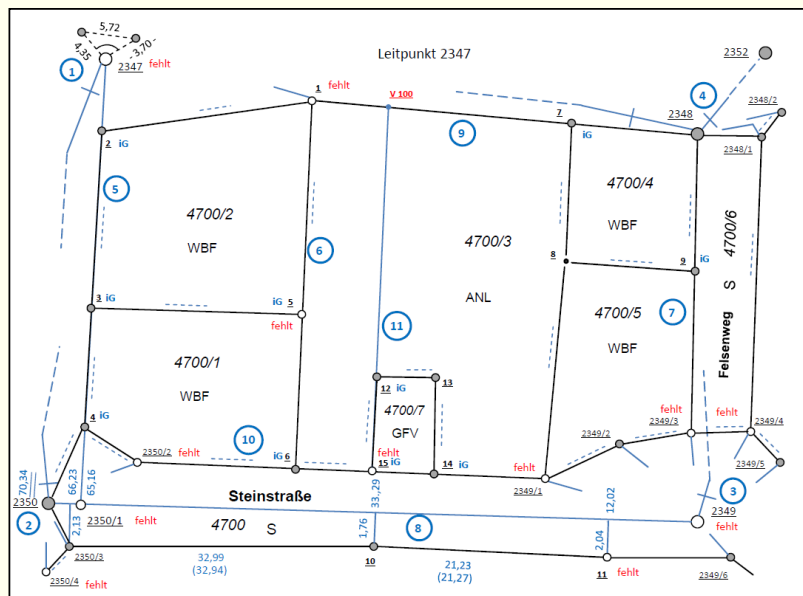
Darstellungen im Fortführungsriß - Graphiknachweis

- Ggf. im Graphiknachweis dargestellte Maßzahlen werden in falscher Farbe dargestellt.

- ➔ **Maßzahlen und „iG-Hinweise“ aus den Lika-Akten in derselben Farbe wie das Aufnahmesystem (ausgenommen schwarz und rot); entsprechendes gilt für aus diesen Maßzahlen berechnete und in Klammern zu setzende Maße (z. B. Pythagorasprobe)**
- ➔ **Aus Koordinaten (UTM, GK, BS/WS) berechnete Maße immer schwarz in Klammern, ggf. unter Beisetzung des Koordinatensystems**
- ➔ **Neue Maßzahlen oder aus neuen Maßzahlen berechnete Maße (z. B. Pythagorasprobe) immer rot (oder in Bleistift)**

Folie 19

Darstellungen im Fortführungsriß - Graphiknachweis



Darstellung orthogonaler und polarer Aufnahmesysteme sowie von Spannmaßen

Angabe der Fundstellen:

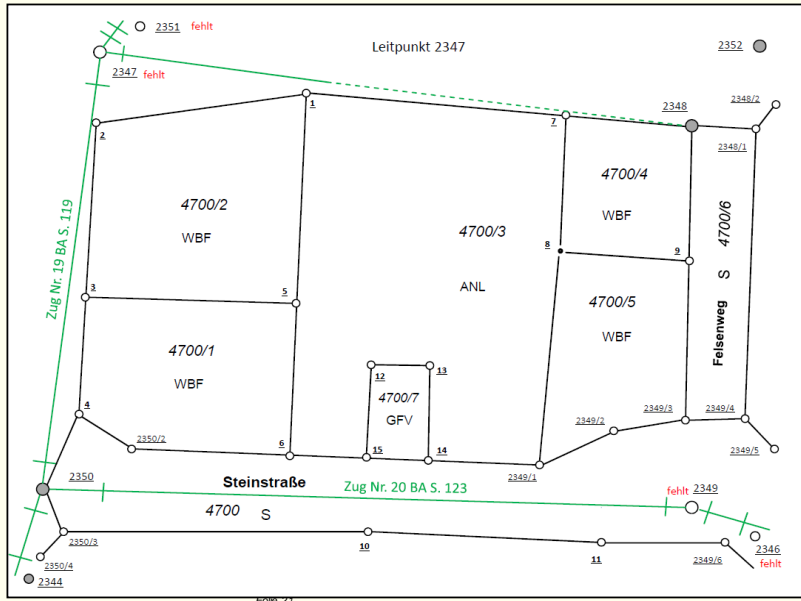
1 Aufnahmeblatt 2347

.....

8 DR 75

Andere Möglichkeit:
Fundstelle unmittelbar dem Aufnahmesystem beisetzen

Darstellungen im Fortführungsriß - Graphiknachweis



Darstellung polygonometrischer Aufnahmesysteme
Als Fundstelle sind die Zugsnummer und der Berechnungsnachweis anzugeben.

Darstellungen im Fortführungsriß - Zahlennachweis

- Ausgabeprotokolle des Zahlennachweises entsprechen zum Teil nicht den Vorgaben nach Anlage 10 VwVLV.
- Fehlerhaftes „grünes Streichen“ in den Ausgabeprotokollen „5-Parameter-Transformation“

➡ Wird die vorgefundene Punktlage verworfen, sind die transformierte Abszisse und die transformierte Ordinate grün zu streichen.

- Es erfolgen handschriftliche Änderungen/Ergänzungen in den Ausgabeprotokollen und in der Koordinatenliste, teilweise sogar Koordinatenänderungen.

➡ Sofern ausnahmsweise handschriftliche Änderungen vorgenommen werden, müssen diese nachvollziehbar sein.

Darstellungen im Fortführungsriß - Zahlennachweis

- In den Ausgabeprotokollen SAPOS- oder Polarverfahren werden Messungen zu
 - herausfallenden Punkten und
 - Punkten, bei denen die zulässige Abweichung bei der „P-Aufnahme“ überschritten ist,(durch)gestrichen.

- ➡ Messungen zu herausfallenden Punkten dienen deren Überprüfung oder der Bestimmung von Koordinaten, die der (später historische) Punkt erhält, und dürfen daher nicht gestrichen werden.
- ➡ Die Feststellung/Dokumentation der Überschreitung einer zulässigen Abweichung ist die Grundlage für das weitere Vorgehen nach Nr. 203 VwVLV und darf daher nicht gestrichen werden.

Bearbeitung des Katasternachweises

- Maßgebende Katasternachweise werden nicht richtig erhoben.

- ➡ Die Erhebung der maßgebenden Katasternachweise ist von der Vermessungsstelle sorgfältig vorzunehmen und Gegenstand der Fertigungsaussage (Nr. 31 Abs. 2 Ziff. 4 VwVLK).

- Einwandfreie Vermessungen werden als nicht einwandfreie Vermessungen bearbeitet; Nachvollzug als einwandfreie Vermessung im Rahmen der Amtsprüfung „passt“ in der Regel.

- ➡ Dem sachgerechten Umgang mit dem Katasternachweis kommt ein sehr hoher Stellenwert zu, insbesondere der Beurteilung, ob eine einwandfreie Vermessung zu Grunde liegt oder nicht.

Bearbeitung des Katasternachweises

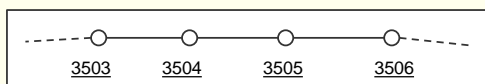
- Die Prüfung von Grenzpunkten erfolgt mit Spannmaßen, die eigentliche Festlegung wird außer acht gelassen bzw. nicht untersucht.

- ➔ **Die Vorgehensweise ist ausnahmsweise zulässig, wenn die Anwendung anderer Verfahren einen unverhältnismäßig hohen Aufwand erfordern würde (Nr. 200 Abs. 6 i.V. mit Nr. 250 VwVLV).**
- ➔ **Es ist dann aber im FR nachzuweisen, dass die Auswertung der eigentlichen Festlegung tatsächlich einen unverhältnismäßig hohen Aufwand erfordern würde, z.B. wegen des Fehlens hierzu benötigter Polygon-/ Linienpunkte oder Grenzpunkte.**

Folie 25

Bearbeitung des Katasternachweises

Ursprüngliche Festlegung nicht verwendet



Folie 26

Ausgangssituation:

- PL 3505 hatte bereits Landeskoordinaten.
- PL 3504 hat(te) keine Landeskoordinaten, wurde aber nicht gesucht; auch an PL 3504 „hängt ein Polarnest“.
- PL 3504 und 3505 wurden in einem Polygonzug bestimmt.

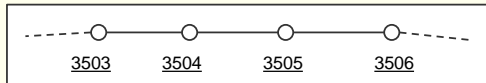
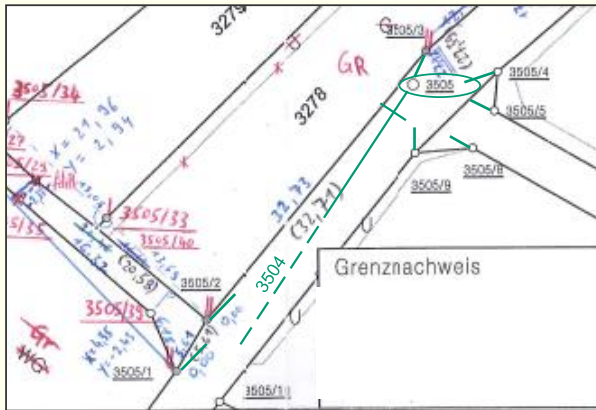
Richtige Vorgehensweise (1):

Annahme: PL 3504 vorhanden

- PL 3504 aufsuchen, auf Lageidentität prüfen und durch Doppelaufnahme Landeskoordinaten bestimmen
- Berechnung der Landeskoordinaten der Grenzpunkte durch Polarverfahren mit anschließender Spannmaßkontrolle
- P-Aufnahme der vorhandenen GP zur Absicherung

Bearbeitung des Katasternachweises

Ursprüngliche Festlegung nicht verwendet



Folie 27

Ausgangssituation:

- PL 3505 hatte bereits Landeskoordinaten.
- PL 3504 hat(te) keine Landeskoordinaten, wurde aber nicht gesucht; auch an PL 3504 „hängt ein Polarnest“.
- PL 3504 und 3505 wurden in einem Polygonzug bestimmt.

Richtige Vorgehensweise (2):

Annahme: PL 3504 nicht vorhanden

- Evtl. PL 3503 aufsuchen (im selben Polygonzug bestimmt wie 3504 und 3505), auf Lageidentität prüfen und durch Doppelaufnahme Landeskoordinaten bestimmen
- Berechnung der Landeskoordinaten von PL 3504 über 3505 und 3503
- Berechnung der Grenzpunkte durch Polarverfahren mit anschließender Spannmaßkontrolle
- P-Aufnahme der vorhandenen GP zur Absicherung

Bearbeitung des Katasternachweises

Ursprüngliche Festlegung nicht verwendet



➡ Erst wenn die Vorgehensweisen (1) bis (3) nachgewiesenermaßen nicht möglich sind, darf nach Nr. 250 VwVLV verfahren werden.

Folie 28

Ausgangssituation:

- PL 3505 hatte bereits Landeskoordinaten.
- PL 3504 hat(te) keine Landeskoordinaten, wurde aber nicht gesucht; auch an PL 3504 „hängt ein Polarnest“.
- PL 3504 und 3505 wurden in einem Polygonzug bestimmt.

Richtige Vorgehensweise (3):

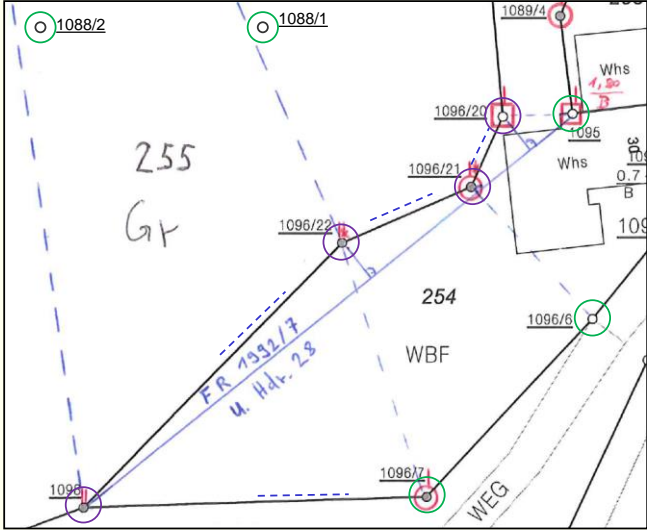
Annahme: PL 3504 nicht vorhanden

- Rekonstruktion von PL 3504 über die Grenzpunkte (Doppelaufnahme der Grenzpunkte, örtliches System aus Polaraufnahme ableiten und Helmert-Transformation)
- Berechnung der Landeskoordinaten der Grenzpunkte durch Polarverfahren auf PL 3504 mit anschließender Spannmaßkontrolle („Überrechnung“ der Aufnahmekoordinaten)
- Berechnung der Landeskoordinaten der Grenzpunkte durch Polarverfahren auf PL 3505 mit anschließender Spannmaßkontrolle

Erfahrungen aus der Fachaufsicht

Bearbeitung des Katasternachweises

Ursprüngliche Festlegung nicht verwendbar



Folie 29

Ausgangssituation:

- Landeskoordinaten vorhanden
- Landeskoordinaten nicht vorhanden

Zu **PL 1098** benachbarte PL nicht zugänglich/nicht vorhanden

➔ Überprüfung der Lageidentität von PL 1098 über polygonometrische Aufnahmeelemente nicht möglich

➔ Bestimmung der Landeskoordinaten von 1098, 1096/21 und /22 durch Doppelaufnahme und Identitätsprüfung über 5-PT und Spannmaßkontrolle sowie anschließende „Überrechnung“ der Aufnahmekoordinaten von 1096/21 und /22 durch Orthogonalverfahren korrekt.

➔ **Protokolle**

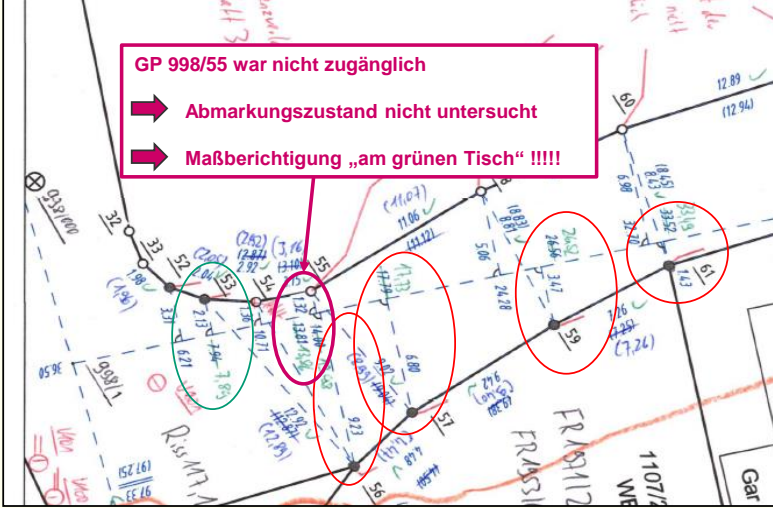
- 5-PT
- Spannmaßkontrolle und
- Orthogonalverfahren

müssen zum FR (Nachvollzug der Koord.-Bestimmung)

Erfahrungen aus der Fachaufsicht

Bearbeitung des Katasternachweises

Missglückte „Fußpunktsberichtigung“



GP 998/55 war nicht zugänglich

- ➔ Abmarkungszustand nicht untersucht
- ➔ Maßberichtigung „am grünen Tisch“ !!!!!

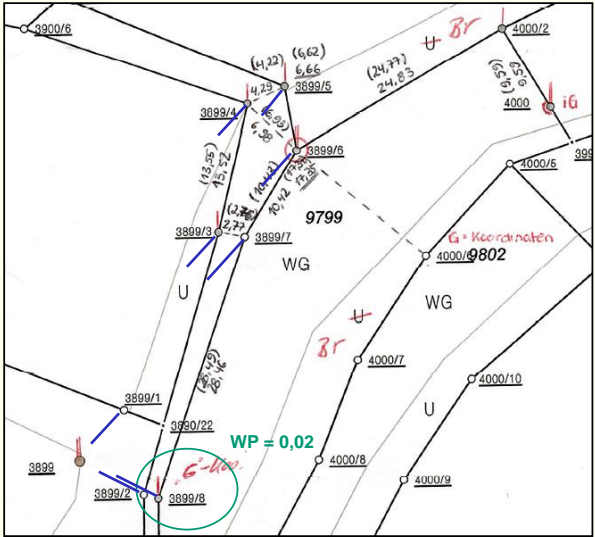
PNr.	WP mit LFP-Änd.	WP ohne LFP-Änd.
998/126	0,08	0,06
998/61	0,04	0,03
998/57	0,04	0,03
998/56	0,04	0,03
998/59	0,06	0,02
998/53	0,02	0,04

Folie 30

Erfahrungen aus der Fachaufsicht

Bearbeitung des Katasternachweises

Landeskoordinaten auf LS „G“ zurückgesetzt



Folie 31

Mit dem Katasternachweis (Polaraufnahme) berechnete Landeskoordinaten der Grenzpunktes **3899/8** wurden auf LS „G“ zurückgesetzt, obwohl sich bei der P-Aufnahme **WP=0,02 m** ergab.

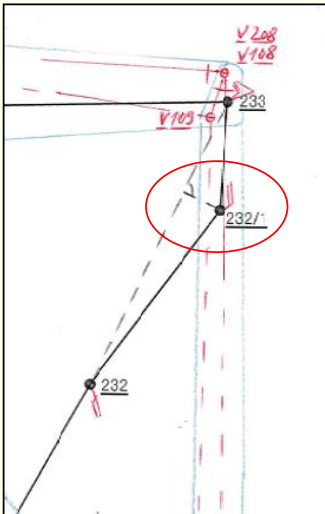
➡ Herabstufung auf LS „G“ unbegründet

➡ Berechnete Koordinaten sind als Landeskoordinaten einzuführen.

Erfahrungen aus der Fachaufsicht

Bearbeitung des Katasternachweises

Widersprüchliche Vorgehensweise in der Komplexausgleichung



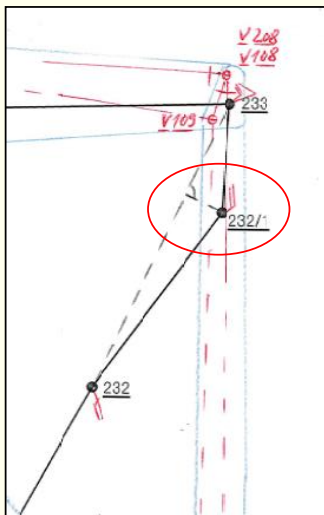
Folie 32

Punktnummer		x			
0	232/000	Anfangspunkt	0.00		
0	233/000	Endpunkt	46.81		
Auswertung					
Sber	Shor	WS	ZS	Maßstab	Hinw
46.80	46.81	-0.01	0.12	0.999712	
Berechnung der Absteckungsmaße					
Punktnummer		y	x		
0	232/001	6.19	31.74		
		Soll -6,09	31,75		

„Vorabuntersuchung“:
Ordinate des Katasternachweises gestrichen

Bearbeitung des Katasternachweises

Widersprüchliche Vorgehensweise bei der Komplexausgleichung



Folie 33

Vorgang: K18 20

Laengeneinheit: 1 = 1.000.000

System: 2 3448308.174 128.309

	y	v	EV	GF	NV
4 0	232/000	0.000	2.0	-1.9	6.7 28.4 3.7*
5 0	232/001	6.090	2.0	6.2 52.8	-11.8 4.3*
6 0	233/000	0.000	2.0	-4.3 24.9 17.3	4.3*

Vorab als fehlerhaft beurteilte Ordinate nimmt an der Ausgleichung teil und verbleibt trotz NV=4,3.

Größte normierte Verbesserungen

lfd.Nr	Beobachtungstyp	System/Punkt	auf/von Punkt	nach Punkt	Beobachtung	S(V)	NV	EV
1	Richtung	10 0	231/000 0	230/000	0.000	18.8	5.6*	49.3
2	Richtung	10 0	231/000 0	232/000	294.485	19.0	5.6*	50.3
3	Spannmaß	0	227/000 0	227/001	44.530	2.0	4.6*	99.8
4	Ordinate	2 0	233/000		0.000	2.0	4.3*	24.9
5	Ordinate	2 0	232/001		6.090	2.0	4.3*	52.8
6	Ordinate	2 0	232/000		0.000	2.0	3.7*	6.7
7	Polarstrecke	6 0	227/000 0	228/000	90.350	3.2	3.6*	99.9
8	Maßstab(X)	1			1.0003759	20.0	3.5*	29.0
9	Richtung	7 0	228/000 0	227/000	0.000	16.6	3.5*	41.8
10	Richtung	7 0	228/000 0	230/000	128.765	10.5	2.5*	67.8

Die in der Komplexausgleichung überschrittenen Werte wurden geprüft, beiden überschrittenen Werten wurden die Fehlergrenzen eingehalten.

Bearbeitung des Katasternachweises

Widersprüchliche Vorgehensweise bei der Komplexausgleichung

Beurteilung

- Widerspruch: Beobachtung (Ordinate) als fehlerhaft bezeichnet und dennoch in die Ausgleichung eingeführt bzw. in dieser belassen
- Hinweis auf eingehaltene Fehlergrenzen ist sehr fragwürdig, da das „Data-Snooping“ (statistische Überprüfung mittels NV usw.) auf anderen Grundlagen als die zulässigen Abweichungen beruht und beide nicht aufeinander abgestimmt sind.
- Der Einhaltung der zulässigen Abweichungen wurden wohl die Verbesserungen (v) zu Grunde gelegt. Selbst, wenn man die zulässigen Abweichungen als Hilfskriterium ins Spiel bringen wollte, wäre wohl eher ein Vergleich mit dem geschätzten groben Fehler (GF) angezeigt. Im vorliegenden Fall ergäbe sich:

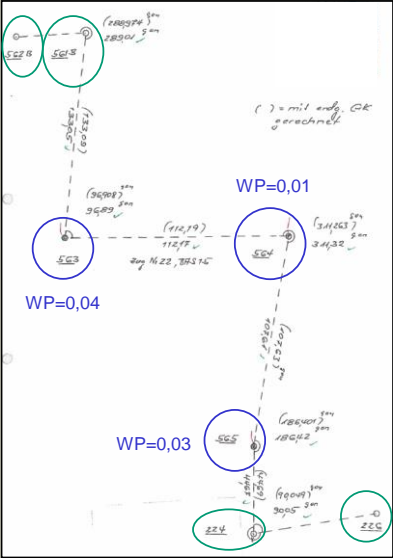
Orthogonale Absteckungsmaße: $dy = -0,10m$, $v = 0,06m$, $GF = -0,12m$

➡ **Ordinate $y_{232/1}$ hätte nicht an der Ausgleichung teilnehmen dürfen!**

Folie 34

Bearbeitung des Katasternachweises

Berechnung von Landeskoordinaten aus „alten“ Polygonierungen



Ausgangssituation:

- Landeskoordinaten vorhanden
- Landeskoordinaten berechnet, Vermarkung/Abmarkung vorhanden und überprüft

Streckensumme	=	397.500			
Abweichungen	WW =	-0.0947*	WR =	0.10	WH = -0.12
			WL =	0.143*	WQ = -0.055
zulässige Abweichungen	ZW =	0.0168	ZL =	0.085	ZQ = 0.070

WW / WL > ZW / ZL vs. WP < ZP

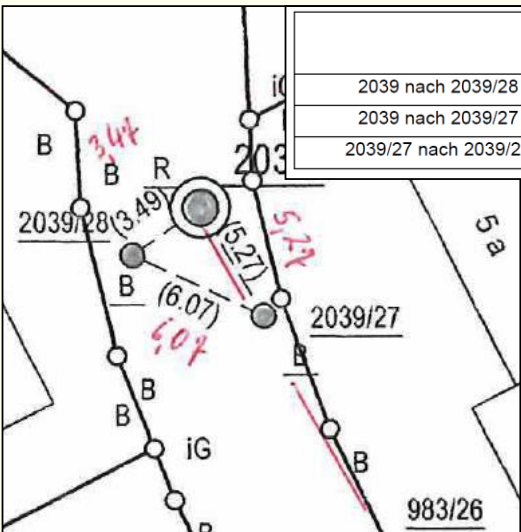
Einzelfallentscheidung (!!)

➡ Berechnete Landeskoordinaten einführen.

Zu beachten:

- ➡ Abmarkungs-/Vermarkungszustand sorgfältig untersuchen
- ➡ Punkte örtlich überprüfen, ggf. durch abhängige Grenzpunkte absichern
- ➡ Berechnungsprotokoll zum Zahlennachweis
- ➡ Alternative: Landeskoordinaten durch Doppelaufnahme bestimmen

Versicherungspunkte von Passpunkten



	Berechnetes Maß in GK-E	Berechnetes Maß in ETRS89/UTM
2039 nach 2039/28	3,46	3,49
2039 nach 2039/27	5,29	5,27
2039/27 nach 2039/28	6,08	6,07

Verwendung der aus UTM-Koordinaten berechneten Versicherungsmaße hätte im Falle der Wiederherstellung des AP zu Problemen geführt.

Es ist immer zu dokumentieren, welche Maße verwendet worden sind (berechnet aus UTM oder GK oder Originalmaß).

Nachweis der Aufträge

Die unter § 9 Abs. 1 und 2 der ÖbVI-BO aufgeführten Angaben werden teilweise nur unvollständig nachgewiesen; betroffen hiervon ist insbesondere die genaue Bezeichnung des Auftrags.

- ➡ Die unter **§ 9 Abs. 1 und 2 der ÖbVI-BO** genannten Angaben/Unterlagen
 - **Namen und Anschrift des Auftraggebers**
 - **Namen des Zahlungspflichtigen**
 - **Genaue Bezeichnung des Auftrags**
 - **Tag der Annahme des Auftrags**
 - **Nachweis über Ermittlung, Abrechnung und Zahlungseingang der Vergütung**müssen **jederzeit nachweisbar** sein.
- ➡ Eine bestimmte Form des Nachweises (z.B. automatisierte Antragsverwaltung) ist nicht vorgeschrieben.
- ➡ Ein mündlicher Antrag ist per se kein Nachweis ➡ Aktennotiz fertigen.
- ➡ Antrag kann auch per E-Mail gestellt werden.

Gebäudeeinmessungsregister

Gebäudeeinmessungsregister wird teilweise unsachgemäß genutzt:

- Eintrag wird unterlassen/vergessen
- „Beantragte Gebäudeaufnahme“ wird eingetragen, obwohl kein Antrag vorliegt.
- „Mit Vorbereitung begonnen“ wird eingetragen, obwohl kein Gebäude vorhanden ist.
- „Mit Vorbereitung begonnen“ wird eingetragen und mehrmals verlängert.
(Extremes Beispiel: Erster Eintrag Ende 12/2014 verlängert bis in 2018)

Gebäudeeinmessungsregister

Das Gebäudeeinmessungsregister ist sachgerecht „nach bestem Wissen und Gewissen“ zu benutzen. Es ist kein Werkzeug zur „Vorratshaltung“.



Mit Vorbereitungen begonnen

- Möglichkeit zur Anzeige von Gebäudeaufnahmen, deren Vorbereitung begonnen wurde; das Gebäude muss „einmessungsfertig“ (Nr. 160 Abs. 3 VwVLV) in der Örtlichkeit vorhanden sein.
 - ➡ Reservierung und Eintrag einer Veränderungsnummer
 - ➡ kein Eintrag einer „Pseudoveränderungsnummer“
- Abschluss der Vermessung innerhalb weniger Wochen (➡ Gebäudeaktualität!!)
- Eingabemöglichkeit für uVB und ÖbVI
- Automatisierte Löschung 3 Monate nach Eingabe

Folie 39

Gebäudeeinmessungsregister



Beantragte Gebäudeaufnahme

- Eintrag beim Vorliegen eines Antrags zur Gebäudeaufnahme
- Antrag muss nachgewiesen werden können.
 - ➡ Bei beantragter Gebäudeaufnahme gilt die Frist nach § 12 Abs. 3 VermG, sobald das Gebäude einmessungsfertig (Nr. 160 Abs. 3 VwVLV) ist.
- Eingabemöglichkeit für uVB und ÖbVI
- Automatisierte Löschung 2 Jahre nach Antragsdatum

Folie 40

Sonstiges

- Bei der Bildung von Flurstücken mit den Nutzungsart WBF, GFIG oder HDL wird die Erfassung der Attributart „Zustand“=„Erweiterung, Neuansiedlung“ bei unbebauten Flurstücken häufig vergessen.
➡ Bitte konsequent beachten.
- Für Punktnummern, die für die übersichtliche Darstellung im Graphiknachweis verschoben werden, werden keine Präsentationsobjekte gebildet.
➡ Präsentationsobjekte bilden, damit die verbesserten Darstellungen für die nächsten Bearbeiter/Nutzer erhalten bleiben.
- Die Erfassung von Punktattributen aus den Liegenschaftskatasterakten wird mit der Veränderungsnummer „Punkt“ beim jeweiligen Punkt allegiert. Dies ist nicht vorgesehen (VwVLV Anlage 10 S. 25 Fußnote 17).
➡ In diesen Fällen keine Veränderungsnummer „Punkt“ erfassen.
- Der Hinweis „DR“ wird bei Punkten mit Lagestatus G nicht entfernt, obwohl alle Punktangaben aus den Lika-Akten nach ALKIS übernommen worden sind.
➡ Der Hinweis „DR“ ist zu entfernen.

Folie 41

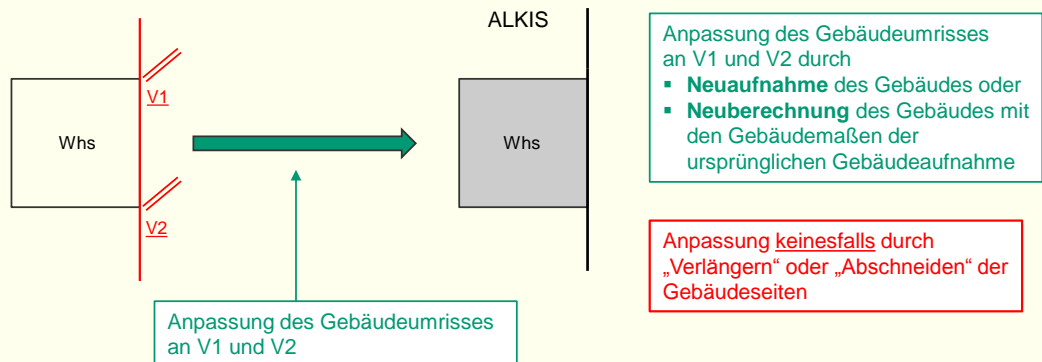
Sonstiges

- Erfassung von Punktangaben aus den Lika-Akten für herausfallende Punkte
➡ ... ist nicht zwingend notwendig, aber auch kein „Makel“
 - „Überdachung“ zum Schutz von gelagertem Holz bei Sägewerken
➡ Offenes Lagergebäude
- Ein grauer rechteckiger Kasten mit einer gestrichelten schwarzen Umrandung. In der Mitte des Kastens steht das Wort 'Lagg' in schwarzer Schrift.
- Darstellung/Dokumentation indirekter Aufmessungen beim SAPOS-Verfahren
 - Unmittelbare Eingabe der exz. Messungen (Polarverfahren oder Bogenschnitt) möglich
➡ Keine besondere Dokumentation erforderlich, Aufnahmeprotokoll genügt
 - Unmittelbare Eingabe der exz. Messungen nicht möglich
➡ Dokumentation bei Bogenschnitt:
 - V-Punkte und Maße im Graphiknachweis oder
 - V-Punkte im Graphiknachweis und Protokoll Bogenschnitt im ZahlennachweisDokumentation bei polarem Anhängen:
 - V-Punkte im Graphiknachweis, Protokoll Polarverfahren im Zahlennachweis

Folie 42

Sonstiges

- Festlegung neuer Flurstücksgrenzen entlang von Gebäudefluchten
➔ Gebäude sachgerecht anpassen (vgl. „Erfahrungen aus Amtsprüfungen, Folie 20, 2017)



Folie 43

Sonstiges

- Befangenheit
 - Rechtsgrundlagen:
 - **LVwVfG § 20 – Ausgeschlossene Personen**
- regelt, wer in einem Verwaltungsverfahren für eine Behörde nicht tätig werden darf

(1) In einem Verwaltungsverfahren darf für eine Behörde nicht tätig werden,

1. wer selbst Beteiligter ist;
2. wer Angehöriger eines Beteiligten ist;
3. wer einen Beteiligten kraft Gesetzes oder Vollmacht allgemein oder in diesem Verwaltungsverfahren vertritt;
4. wer Angehöriger einer Person ist, die einen Beteiligten in diesem Verfahren vertritt;
5. wer bei einem Beteiligten gegen Entgelt beschäftigt ist oder bei ihm als Mitglied des Vorstands, des Aufsichtsrats oder eines gleichartigen Organs tätig ist, dies gilt nicht für den, dessen Anstellungskörperschaft Beteiligte ist;
6. wer außerhalb seiner amtlichen Eigenschaft in der Angelegenheit ein Gutachten abgegeben hat oder sonst tätig geworden ist.

(5) Angehörige im Sinne des Absatzes 1 Nr. 2 und 4 sind

1. der Verlobte,
2. der Ehegatte,
- 2a. der Lebenspartner,
3. Verwandte und Verschwägerter gerader Linie,
4. Geschwister,
5. Kinder der Geschwister,
6. Ehegatten der Geschwister und Geschwister der Ehegatten,
- 6a. Lebenspartner der Geschwister und Geschwister der Lebenspartner,
7. Geschwister der Eltern,
8. Personen, die durch ein auf längere Dauer angelegtes Pflegeverhältnis mit häuslicher Gemeinschaft wie Eltern und Kind miteinander verbunden sind (Pflegeeltern und Pflegekinder).

Sonstiges

– LVwVfG § 21 – Besorgnis der Befangenheit

§ 21

Besorgnis der Befangenheit

(1) Liegt ein Grund vor, der geeignet ist, Misstrauen gegen eine unparteiische Amtsausübung zu rechtfertigen, oder wird von einem Beteiligten das Vorliegen eines solchen Grundes behauptet, so hat, wer in einem Verwaltungsverfahren für eine Behörde tätig werden soll, den Leiter der Behörde oder den von diesem Beauftragten zu unterrichten und sich auf dessen Anordnung der Mitwirkung zu enthalten. Betrifft die Besorgnis der Befangenheit den Leiter der Behörde, so trifft diese Anordnung die Aufsichtsbehörde, sofern sich der Behördenleiter nicht selbst einer Mitwirkung enthält.

(2) Für Mitglieder eines Ausschusses (§ 88) gilt § 20 Abs. 4 entsprechend.

Konsequenzen

- ➔ Fällt ein am Verwaltungsverfahren Beteiligter unter § 20, darf er nicht tätig werden; § 21 ist dann nicht mehr anzuwenden.
- ➔ § 21 erfasst vielmehr solche möglicherweise "befangenheitsrelevante" Beziehungen zwischen Personen, die durch § 20 nicht abgedeckt werden.

Folie 45



Geoinformation und Landentwicklung

Vielen Dank

für

Ihre Aufmerksamkeit

Folie 46